

Frage des Tages

Ist der Verkauf der Basler Zeitung an Tamedia richtig?

Der Zürcher Medienkonzern Tamedia kauft die *Basler Zeitung*. (Seite 1). Ist dieser Entscheid nachvollziehbar? www.baz.ch

Das Ergebnis der Frage von gestern:

Soll die Osttangente eingehaut werden?



Gundeli-Tunnel nimmt wichtige Hürde

Grossratspräsident bodigt mittels Stichentscheid eine Motion gegen Autobahnringlösung

Von Franziska Laur und Martin Regenass

Basel. Immer wieder fiel gestern im Grossen Rat das Wort «Denkverbot». Die Parlamentarier diskutierten die Motion von Grossrätin Dominique König-Lüdin. Die Sozialdemokratin wollte erreichen, dass sich die Regierung beim Bund für die Streichung eines Tunnels unterhalb des Gundeli-Quartiers einsetzt. Der Gundeli-Tunnel, der zusammen mit einem Tunnel unterhalb von Binningen oder Allschwil eine mögliche Westumfahrung Basels bilden könnte, steht seit den 60er-Jahren im Autobahn-Ausbauplan des Bundes.

Der Basler SP-Verkehrsdirektor Hans-Peter Wessels nannte die Motion ein «Denkverbot», weil sie eine «wichtige Option» zum Ausbau eines Autobahnringes in der Region Basel verhindern würde. «Die Motion möchte Denkansätze im Keim ersticken. Wir stimmen nicht über einen Gundeli-Tunnel ab und auch nicht über einen Westring, sondern vielmehr darüber, ob wir uns planerisch damit auseinandersetzen können», sagte er. Der Kanton Basel-Stadt dürfe bei einer möglichen Umfahrung nicht den «Tunnelblick» aufsetzen. Vielmehr müsse er zusammen mit dem Kanton Baselland, dem Bund oder dem Elsass eine überregionale Verkehrsplanung vornehmen. «Diese Zusammenarbeit sollte eine Selbstverständlichkeit sein und ist ein Erfolgsrezept bei grossen Infrastrukturplanungen wie dem Rheintunnel.»

Raphael Fuhrer, Sprecher des Grünen Bündnisses, war der Meinung, dass die Motion eben «kein Denkverbot» sei. «Sie ist vielmehr eine Horizont-erweiterung dahingehend, dass man mit dem Ausbau von Tramlinien und Kapazitäten für Velos bessere Lösungen herbeiführen kann als mit dem Ausbau von Strassen.» Auch Joël Thüring benutzte das Wort «Denkverbot». Der

SVP-Grossrat monierte, dass das Strassennetz in und um Basel bereits heute «komplett» am Anschlag sei. «Die Annahme der Motion wäre ein falsches Signal nach Bern ins Bundesamt für Strassen. «Wir haben in Bern weniger Vertreter aus der Region als andere Kantone und sollten uns mit dem Baselbiet daher nicht uneinig sein», sagte Thüring. Daher sei diesem «Denkverbot» eine Abfuhr zu erteilen. Sufficient machte er noch die Bemerkung, dass es eine spezielle Situation sei, dass die Bürgerlichen dem SP-Regierungsrat die Stange halten müssten.

SP versiebt Abstimmung

Auch die FDP, CVP und EVP sprachen sich gegen eine Überweisung der Motion aus. Man habe schon Dutzende Millionen Franken in die Planung gesteckt, sagte Erich Bucher (FDP). Da müsse man weitermachen. Jörg Vitelli allerdings sprach im Namen der SP von

einer Beruhigungspille. «Hier will man mit einer weiteren Autobahn versuchen, das Problem zu lösen. Das ist nicht zielführend.» Ausserdem sei das Ganze viel zu teuer. auch mit den Bundesgeldern würden rund 400 Millionen bleiben, die man mit Steuergeldern berappen müsse.

Es war knapp. Mit 46 Ja zu 46 Nein bei zwei Enthaltungen musste Grossratspräsident Remo Gallacchi (CVP) seinen Joker, den Stichentscheid, ausspielen. Mit seiner Nein-Stimme war die Motion versenkt und das Parlament darf weiterdenken. Allerdings beklagte sich schon nach Schluss der Sitzung Beatriz Greuter, dass bei ihr der Knopf nicht funktioniert habe. Sie hatte sich für einen Rückkommensantrag jedoch zu spät gemeldet.

Mit einem knappen Ja stehen gelassen wurde der Anzug von Otto Schmid (SP) betreffend Verzicht auf den Gundeli-Tunnel. Das Thema ist also noch lange nicht ausdiskutiert.

Muslime in der Pflicht

Veranstaltungen obligatorisch

Liestal. Die Verfassung des Kantons Basel-Landschaft soll keine Bestimmung erhalten, welche bürgerliche Pflichten höher wertet als religiöse und weltanschauliche Haltungen. Die vorberatende Landratskommission lehnt die nach der Handschlag-Affäre beantragte Verfassungsänderung ab.

Die Justiz- und Sicherheitskommission hat die Verfassungsänderung mit fünf zu null Stimmen bei acht Enthaltungen verworfen, wie dem gestern erschienenen Kommissionsbericht zu entnehmen ist. In der Diskussion seien Zweifel angebracht worden, ob ein solch allgemeiner Paragraf tatsächlich die gewünschte Wirkung entfalten könne.

Zudem wurden Bedenken geäussert, dass ein Abstimmungskampf zu einer solchen Bestimmung sehr emotional ausfallen könnte. Auch die Bildungs-, Kultur- und Sportkommission hatte in ihrem Mitbericht zur Vorlage die Frage aufgeworfen, ob die Änderung «notwendig und angebracht» sei.

Ein Nein zu religiösen Gründen

Mit den in der Landratsvorlage ebenfalls vorgesehenen Änderungen des kantonalen Bildungsgesetzes würden die angestrebten Ziele genügend und griffig erfüllt, heisst es im Bericht weiter. Das Eintreten auf diese Gesetzesänderungen war in der Kommission indes ebenfalls bestritten. Die Vorlage sieht insbesondere eine Meldepflicht bei schweren Integrationsproblemen vor. Diese will die Regierung analog der Meldepflicht bei Kindswahlgefährdungen einführen.

Im Gegensatz zur Regierung will die Kommission nun festschreiben, dass neben Unterricht auch Schulveranstaltungen lückenlos besucht werden müssen. Damit soll gemäss Bericht zum Ausdruck gebracht werden, dass der Besuch einer lokalen, traditionellen Veranstaltung nicht aus religiösen Gründen verweigert werden könne.

Im Gesetz festschreiben will die Kommission im Weiteren, dass Schulleitungen für einen «diskriminierungsfreien Schulbetrieb» zu sorgen haben. Für den Besuch besonderer Programme ausserhalb des Unterrichts im Rahmen von Disziplinarmassnahmen würden Kostenbeiträge erhoben.

Mit den Verfassungs- und den Gesetzesänderungen hatte die Regierung auf überwiesene Vorstösse aus dem Landrat reagiert. Diese waren in der Folge der «Handschlag-Affäre» in Therwil eingereicht worden, die im Frühjahr 2016 über die Landesgrenzen Schlagzeilen ausgelöst hatte. An der Sekundarschule Therwil hatte die Schulleitung zwei muslimische Schüler zeitweise von der dort üblichen Handschlagpflicht dispensiert. Die beiden hatten ihrer Lehrerin aus religiösen Gründen den Handschlag verweigert. Nachdem dies jedoch publik geworden war, wurde die Dispens aufgehoben. SDA

Eine soziale Stimme für die Baselbieter Regierung

Kathrin Schweizer will nicht nur für den Regierungsrat kandidieren, sie will auch gewählt werden

Von Thomas Gubler

Liestal/Basel. Sie ist 48 Jahre alt und soll bei den Regierungswahlen vom 31. März 2019 dafür sorgen, dass im Baselbiet wieder «normale» Verhältnisse einkehren. Kathrin Schweizer ist dazu ausersehen, für die SP Baselland den 2015 verlorenen Regierungssitz zurückzuholen. Seit dem vergangenen Wochenende steht nämlich nicht nur fest, dass die Baselbieter Sozialdemokraten mit allen Mitteln die Rückkehr in die Kantonsregierung anstreben, sondern auch: mit wem. Denn obschon die SP erst am 20. Juni offiziell nominiert, zeichnet sich keine Alternative zu Kathrin Schweizer bei der vorgesehenen Einerkandidatur mehr ab.

Unter diesen Umständen erstaunt es denn auch nicht, dass die Muttererin im Gespräch mit der *BaZ* bereits einen Schritt weiter denkt und signalisiert, dass sie nicht einfach ins Rennen um einen Regierungssitz steigen möchte. Sie will gewählt werden – und zwar als «soziale Stimme des Baselbiets». Schliesslich sei mit Händen zu greifen, dass das Wahlvolk das Experiment mit der rein bürgerlichen Regierung beenden wolle. Und sie lässt keine Zweifel daran aufkommen, dass sie die Richtige ist, um die früheren Verhältnisse wiederherzustellen.

Verzicht auf den sicheren Sitz

Sie habe sich den Entscheid, für das kantonale Exekutivamt zu kandidieren und als Erstrückfällige auf den in Aussicht stehenden sicheren Nationalratsstuhl zugunsten von Samira Marti zu verzichten, nicht leicht gemacht, sagt sie. Dabei habe aber trotz anderslautenden Berichten «niemand Druck auf mich ausgeübt». Die immer wieder behauptete schlechte Stimmung zwischen ihr und der rücktrettswilligen Nationalrätin Susanne Leutenegger Oberholzer habe sie ohnehin niemals so wahrgenommen.

Kathrin Schweizer ist keine «geborene» Linke, und sie ist auch nicht bei den Juso gross geworden. Aufgewachsen ist sie in Muttenz in einem, wie sie sagt, «gutbürgerlichen Elternhaus». Politisiert wurde sie durch verschiedene Umstände und Anlässe. Nach ihrem Biologiestudium in Basel und einem Nachdiplomstudium Umwelt bewarb sie sich auf ein Inserat hin für die Muttenzer Umweltkommission und wurde als Parteioselekt gewählt. Im Jahr 2000 wurde sie Geschäftsführerin von Pro Velo. Der SP beigetreten ist sie erst 2004, als sie in die Gemeindekommission gewählt wurde.

Doch dann ging es ziemlich schnell. 2007 erfolgte die Wahl in den Landrat, und vier Jahre später präsidierte Kathrin Schweizer bereits die SP-Fraktion im Kantonsparlament. Dabei gehörte die



Mittlerweile etwas lauter. Landrätin Kathrin Schweizer will 2019 für die SP einen Regierungssitz zurückerobern. Foto Kostas Maros

Muttererin nicht zu den Lauten im Lande. Als Verkehrs- und Sozialpolitikerin zählte sie eher zu den stillen Schaffnerinnen, die in der Politik schon auch mal übersehen werden. Nicht so Kathrin Schweizer, die sich als Fraktionschefin offenbar gegen männliche Alphatierchen durchzusetzen wusste. Mittlerweile sei sie übrigens auch etwas lauter geworden, wendet sie ein. Den Hauptgrund dafür sieht sie darin, dass die SP seit 2015 auf den harten Bänken der Opposition Platz nimmt und sich permanent Gehör verschaffen muss.

Die ideale Kandidatin für die eigene Ortspartei

Muttenz. Die SP Muttenz hat an ihrer Generalversammlung einstimmig Kathrin Schweizer als Regierungsratskandidatin zuhanden der SP Baselland nominiert. Die Gemeinderätin und Landrätin wolle in der Baselbieter Regierung eine starke soziale Stimme sein, heisst es in einer Mitteilung der Ortspartei. Die SP Baselland will ihre interne Nomination an der Delegiertenversammlung am 20. Juni vornehmen. Nach dem Entscheid der SP Baselland, mit einer Kandidatur für die Regierungswahlen anzutreten, zeigt sich die SP Muttenz überzeugt, mit Kathrin Schweizer die ideale Kandidatin intern zu nominieren. kt

Ohnehin scheint der unfreiwillige Abschied der SP aus der Regierung für viele Sozialdemokraten zu einer Art Schlüsselerlebnis geworden zu sein. «Es ist ein Ruck durch die Partei gegangen. Wir stehen heute deshalb an einem ganz anderen Ort als vor den letzten Wahlen.» Schlafende Parteimitglieder, so Schweizer, seien erwacht, was man am besten bei der Krankenversicherungsprämien-Initiative gespürt habe, als innerhalb einer Woche über 5000 Unterschriften gesammelt wurden.

Der Sieg über Elba

Und auch für Kathrin Schweizer selbst, die 2014 noch der Ansicht war, sie sei zu wenig erfahren, um für den Regierungsrat zu kandidieren, hat sich einiges verändert. So ist sie seit 2015 Muttenzer Gemeinderätin. Und mit dem siegreichen Kampf der Linken gegen die Entwicklungsplanung Leimental-Birseck-Allschwil (Elba) im November 2015 konnte die SP-Verkehrspolitikerin auch einen persönlichen Erfolg verbuchen.

Andererseits verschweigt sie nicht, dass man auf der linken Ratsseite in den vergangenen drei Jahren aufgrund der bürgerlichen Dominanz auch einiges habe einstecken müssen. «Es war nicht immer lustig», meint sie. Entmutigen hat sich Kathrin Schweizer aber nie lassen. Die Baselbieter Politik habe ihr noch nie «gestunken». Sie habe im Gegenteil immer mehr Freude daran

bekommen. So viel, dass sie nun nach einem Regierungssitz greift.

Keine Homestories

Mitunter wird Kathrin Schweizer, die als Projektleiterin im Planungsamt Basel-Stadt arbeitet, vorgeworfen, sie gebe zu wenig von sich selbst preis. Viel mehr, als dass sie verheiratet, aber kinderlos sei und gerne mit ihrem Mann – übrigens wie die künftige SP-Kandidatin Biologie – in den Alpen wandere und schöne Landschaften geniesse, wisse man nicht von ihr. Sie sei nun mal nicht der Typ für Homestories, meint sie. Sie würde aber nicht gezielt ihr Privatleben abschotten. Was ihren Ehemann betrifft, sei dieser zwar auch SP-Mitglied. «Er macht aber nicht aktiv Politik und kommt dann mit zu politischen Veranstaltungen, wenn er mag.»

Welche Trümpfe Kathrin Schweizer im Wahlkampf zu spielen gedenkt, weiss sie derzeit noch nicht im Detail. «Erst muss man als Regierungsratskandidatin nominiert sein», erklärt sie. Klar ist, dass ein Wahlkampf beispielsweise gegen SVP-Nationalrat Thomas de Courten kein Sonntagsspaziergang wird. Weil aber die Überzeugung im Kanton wachse, dass der neuen Regierung wieder alle relevanten politischen Kräfte angehören sollen, dürfe sie sich Hoffnung auch auf Stimmen aus der Mitte machen, «ohne dass ich dafür meine Werte verleugnen muss».

ANZEIGE

MUSEUM TINOUELY
28.2. – 13.5.2018

ANEIGNUNG UND FORTSCHREIBUNG IN MUSIK UND KUNST SEIT 1900

Paul Sacher Stiftung